

Propst i.R. Dr. Matthias Sens  
(Magdeburg)

## **Die Bedeutung der ökumenischen Bewegung für die Kirchen und die Öffentlichkeit in Deutschland (Ost und West) nach 1945**

### **1. Am Anfang stand ein Besuch**

Wenn man ein so weit gestecktes Thema gestellt bekommt, ist immer die Frage: Wo soll man anfangen und wo soll man aufhören? Für unser Thema ist immerhin eins klar: Wo man anfangen muss.

Am Anfang stand ein Besuch, den eine Delegation des Ökumenischen Rates der Kirchen im Oktober 1945 bei der Evangelischen Kirche in Deutschland machte. Beide, die EKD und der Ökumenische Rat, waren noch „in Bildung begriffen“. Für beide war der Besuch gerade in dieser Phase wichtig.

Im vom Krieg zerstörten Deutschland musste fast alles neu geordnet werden, auch die Leitung der Evangelischen Kirche. Im August 1945 war es gelungen, einen gemeinsamen Rat der EKD für ganz Deutschland zu bilden. Er war noch „vorläufig“, da es noch keine Verfassung der EKD gab. Dieser Rat der EKD sollte am 18./19. Oktober in Stuttgart zu seiner zweiten Sitzung zusammenkommen.

Auch der Ökumenische Rat in Genf war noch in Bildung begriffen, denn die Gründungsvollversammlung, die ursprünglich für 1941 geplant war, konnte wegen des Zweiten Weltkrieges nicht stattfinden.

Auf Grund der Kontakte des ÖRK zu Männern der Bekennenden Kirche wie Martin Niemöller kamen nun Vertreter des ÖRK nach Stuttgart. Zur Gruppe gehörten der Generalsekretär des ÖRK, Willem A. Visser 't Hooft, und namhafte Kirchenvertreter aus den U.S.A., aus Frankreich, den Niederlanden, England und der Schweiz. Dieser ökumenischen Besuchergruppe wurde am 19. Oktober 1945 eine Erklärung überreicht, die als „Stuttgarter Schulderklärung“ in die Geschichte eingegangen ist. Sie gehört bis heute zu den Grundlagen der EKD.

Die Erklärung ist bis heute faszinierend und beschämend zugleich. Eindrücklich ist, dass unmissverständlich von Schuld gesprochen wird, und zwar Schuld der Kirche und Schuld des deutschen Volkes: „Durch uns ist unendliches Leid über viele Länder und Völker gebracht worden.“ Dann bekennt der Rat der EKD, dass die Kirchen trotz des durchaus vorhandenen Widerstandes letztlich dem Nationalsozialismus gegenüber versagt haben: „Wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“ Und so gilt: „Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden“. Und dieser Neuanfang soll ganz auf die Heilige Schrift gegründet sein, neben die keine glaubensfremden Lehren oder Einflüsse treten dürfen. Und er soll ganz auf Jesus Christus ausgerichtet sein als den alleinigen Herrn der Kirche, in der Hoffnung, dass Gott die Kirchen in Deutschland neu dazu gebrauchen wird, sein Wort zu verkündigen und seinen Willen zu tun.

Mit der Stuttgarter Schulderklärung war die evangelische Kirche dem allgemeinen Bewusstsein in Deutschland weit voraus. Das zeigte auch die heftige Kritik, die nach ihrer Veröffentlichung in Deutschland einsetzte. Verrat am deutschen Volk wurde der Kirche von manchen vorgeworfen. Und es dauerte lange, bis anerkannt wurde, dass die Kirche hier das rechte Wort zur rechten Zeit gesprochen hatte. Heute empfinden es viele als beschämend, dass die Kirche damals nicht noch deutlicher geredet hat und dass in der Stuttgarter Schulderklärung kein Wort steht über die Verfolgung und Ermordung der Juden und über das Schweigen der Kirche zu dieser Geschichte des Unrechts.

Der Rat der EKD war sich der politischen Brisanz seiner Erklärung bewusst. Dennoch ging es ihm vor allem um ein Schuldbekenntnis vor Gott und vor den Schwestern und Brüdern in Christus. So ist es von der ökumenischen Besuchergruppe auch aufgenommen worden. Nun durfte sich die EKD bei ihrem Neuanfang wieder „mit den anderen Kirchen der ökumenischen Gemeinschaft herzlich verbunden wissen“.

Die Initiative zu dem Besuch bei der EKD ging im Wesentlichen vom Ökumenischen Rat aus. Und man hatte darauf gehofft, dass es eine solche Erklärung geben würde. Einzelne Mitglieder des Rates der EKD hatten sie auch von sich aus als notwendig angesehen, um nach der Feindschaft des Krieges erste Zeichen der Versöhnung zu setzen.

Aber man muss ehrlich sagen, dass die EKD ohne die Anwesenheit der ÖRK-Delegation damals kaum zu einer solchen Erklärung gefunden hätte. Mit der Stuttgarter Schulderklärung hat die EKD die ausgestreckte Hand der Ökumene ergriffen. So hat die Ökumene uns in einer sehr tiefen Weise geholfen, unseren Weg als Kirche Jesu Christi in Deutschland neu zu finden.

Die Stuttgarter Schulderklärung hatte dann ganz praktische ökumenische Konsequenzen. Die evangelischen Kirchen in Deutschland konnten sich an der Gründung des ÖRK beteiligen und nahmen ganz selbstverständlich an der Vollversammlung in Amsterdam 1948 teil. Sie konnten von Anfang an in allen Bereichen und Programmen des ÖRK mitarbeiten.

Auch die Bereitschaft zur zwischenkirchlichen Hilfe für die Menschen in Deutschland wuchs durch die Erklärung von Stuttgart. Die Hilfsaktionen nahmen nun im Laufe der Jahre beeindruckende Ausmaße an. Die ökumenische Hilfe hat vielen Menschen in Deutschland ein ganz neues Bild von Kirche vermittelt. Der Leiter des Hilfswerkes der EKD sagte es in Amsterdam 1948 so: „Als der Weltrat der Kirchen mit der Lutherischen Welthilfe, als die Mennoniten und die Missourier, die Schweden und die Schweizer Kirchen neben Church World Service und vielen anderen begannen, nach dem Wort der Schrift die Hungrigen zu speisen und die Nackten zu bekleiden, da ging durch manches Herz die verwunderte Frage: So ist das Christentum also doch nicht nur eine schöne Theorie, sondern eine lebendige Wirklichkeit.“<sup>1</sup>

Die ökumenischen Begegnungen auf Konferenzen oder bei Seminaren, z.B. im Ökumenischen Institut in Bossey, oder das Studium im Ausland, oft durch ökumenische Stipendienprogramme vermittelt, wurden für viele Deutsche zu prägenden Erfahrungen. „Hunderte, ja Tausende ... (kehrten) nach ihrem Stipendienjahr in der weiten Welt mit einer Aufgeschlossenheit für die ökumenischen Horizonte des Christentums in die Heimat zurück.“ (Heinz Joachim Held)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Amsterdamer Dokumente, Berichte und Reden auf der Weltkirchenkonferenz in Amsterdam 1948, S. 272.

<sup>2</sup> H.J.Held: Aufbruch zu neuen Ufern. In: Link, H.G. und G. Müller-Fahrenholz (Hg.): Hoffnungswege. S. 68.

Die Hilfe, die wir in Deutschland von anderen Kirchen erfahren haben, ist dann Ansporn gewesen, selbst ökumenische Hilfe zu leisten, als sich die Wirtschaft in Deutschland entwickelte und die Menschen und die Kirchen anfangen, „wohlhabend“ zu werden. So nahm der erste Aufruf der Aktion „Brot für die Welt“ 1959 ausdrücklich Bezug auf die ökumenische Hilfe für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

## 2. Ökumene ist unverzichtbar, wenn wir heute Kirche sein wollen

„Wir glauben ... an die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche“ heißt es im Glaubensbekenntnis von Nizäa-Konstantinopel. Aber was bedeutet das heute? Der westdeutsche Theologe und Ökumeniker Ernst Lange, von 1968 – 1970 beigeordneter Generalsekretär des ÖRK, hat in seinem Buch „Die ökumenische Utopie“ 1972 geschrieben: „Es gibt heute nur *eine* Aktualisierung für die vier Kriterien des Glaubensbekenntnisses – Einheit, Heiligkeit, Katholizität, Apostolizität – und sie heißt: Ökumenizität.“<sup>3</sup>

Die Ökumenische Kommission des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (Bund) hat 1978 in ihrer Konzeption für die ökumenische Arbeit darauf Bezug genommen und gefolgert: Es ist deshalb „nicht in unser Belieben gestellt, ob wir ökumenisch existieren wollen oder nicht. Ökumenische Existenz der Kirche bedeutet, dass sie in allen ihren Arbeitsbereichen und auf allen Ebenen ... offen ist für die Gemeinschaft mit der ganzen Christenheit und bereit zu gemeinsamem Zeugnis und Dienst.“<sup>4</sup>

Das klingt so, als ob die Ökumene für uns vor allem ein Auftrag war, den wir wahrzunehmen haben. Wir haben die ökumenische Bewegung aber zuallererst als ein großes Geschenk an die Kirchen unserer Zeit erlebt. Sie hilft uns, heute wirklich Kirche zu sein. Und sie ist einer der Wege, auf denen „der Heilige Geist die Kirchen durch Selbstprüfung und Veränderung zur Erneuerung ihres ganzen Lebens (führt)“.<sup>5</sup>

Die ökumenische Bewegung ist also nicht nur die kirchliche Variante einer zunehmenden weltweiten Interdependenz, sie ist in unserem Glauben selbst verwurzelt. Und dabei sind die drei großen Themenbereiche der Ökumene gleichermaßen wichtig: das Streben nach sichtbarer Einheit der Kirche, das gemeinsame Zeugnis des Evangeliums für alle Menschen, und der gemeinsame Dienst aneinander und für die ganze Menschheit. Bei der Vollversammlung des ÖRK in Neu-Delhi 1961 waren das die Themen der Sektionen – Einheit, Zeugnis, Dienst – und vielen aus meiner Generationen ist damals aufgegangen, worum es eigentlich geht in der Ökumene.

Die Formen ökumenischer Existenz sind vielfältig. Da ist die Gemeinschaft mit anderen Kirchen vor Ort im gemeinsamen Gottesdienst, in Gebet und Bibelarbeit. Da sind die Partnerschaften mit Kirchen oder Kirchengemeinden in anderen Ländern. Da ist die Beteiligung an ökumenischen Programmen und Aktionen. Da ist die Teilnahme an der Arbeit der ökumenischen Organisationen, national, regional und weltweit.

Wenn ich recht sehe, sind die Gewichte in West- und Ostdeutschland hier durchaus unterschiedlich verteilt gewesen. In der BRD spielten neben der intensiven Mitarbeit in den ökumenischen Organisationen bald die bilateralen Partnerschaften eine sehr große Rolle, und zwar für alle Ebenen der Kirche, von den Ortsgemeinden über die Landeskirche bis zur EKD. Hier bildete sich ein erstaunliches Netzwerk ökumenischer Beziehungen heraus.

<sup>3</sup> Lange, E.: Die ökumenische Utopie, S. 208.

<sup>4</sup> Kirche als Lerngemeinschaft, S. 64f.

<sup>5</sup> Ebd. S. 64.

In der DDR waren die Möglichkeiten dafür lange Zeit kaum gegeben. Deshalb stand oft das Interesse an der Arbeit des ÖRK, des Lutherischen Weltbundes (LWB), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und anderer ökumenischer Organisationen im Vordergrund. Auch hier war wegen der Reisebeschränkungen die direkte Mitarbeit lange auf einen relativ kleinen Personenkreis beschränkt. Aber wer zu einer ökumenischen Tagung fahren durfte, konnte ziemlich sicher sein, dass er hinterher in viele Gemeinden und Gremien zu Berichten eingeladen wurde.

Und man beteiligte sich an Studienprojekten des ÖRK, des LWB und anderer Organisationen. So gab es in den sechziger Jahren für die Studie des ÖRK über missionarische Strukturen der Gemeinde eine eigene DDR-Arbeitsgruppe. Manche Themen dieser Studie betrafen genau die Situation unserer Kirchen. Die Kirchen in der DDR verloren damals ja viele Mitglieder. Die Säkularisierung der Gesellschaft nahm dramatische Ausmaße an, auch durch die anti-kirchliche Politik der Regierung. Wir sahen uns zunehmend als eine Minderheit in einer dem Glauben gegenüber indifferenten oder sogar ablehnenden Gesellschaft. Manches von dem, was in der DDR an Konzepten für eine „Kirche in der Diaspora“ entwickelt wurde, stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Studienarbeit des ÖRK.

Ökumenische Studienkreise in unseren Kirchen begleiteten kontinuierlich auch andere Studienprogramme des ÖRK und anderer Organisationen. Und natürlich haben die Konvergenztexte über „Taufe, Eucharistie und Amt“ (Lima 1982) in den Kirchen in beiden deutschen Staaten eine breite Resonanz gefunden. Sie haben vor allem zu einem vertieften Verständnis der Taufe und des Abendmahls beigetragen.

Nach der organisatorischen Trennung der ostdeutschen Kirchen von der EKD durch die Gründung des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR 1969 erweiterten sich die Möglichkeiten zur Mitarbeit in der Ökumene erheblich. Die Regierung der DDR förderte die Beteiligung sogar in einem gewissen Maße, weil sie sich davon eine Verbesserung der internationalen Anerkennung der DDR versprach. Kirchliche Mitarbeiter und Ehrenamtliche bekamen nun zunehmend Genehmigungen zu „ökumenischen Dienstreisen“ ins Ausland, und ökumenische Organisationen kamen zu Tagungen in die DDR. Das hatte dann auch eine vom Staat eigentlich nicht gewollte positive Öffentlichkeitswirksamkeit für die Kirchen, z.B. bei der Tagung des Zentralausschusses des ÖRK in Dresden 1981.

Der Bund wollte von Anfang an in seiner Arbeit den Kontext ernst nehmen, in dem wir lebten. Er trat dafür ein, bewusst „Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft“ zu sein. Der ÖRK und die KEK förderten diese Kontextbezogenheit der Mitarbeit und ermutigten die Kirchen in der DDR, ihren eigenen Kontext anzunehmen. Eben als Kirchen in einem sozialistischen Staat waren sie für die Ökumene interessant.

Dabei entwickelte der Bund bald eine Grundeinstellung, die als „*kritische* Solidarität“ mit einem „*verbesserlichen* Sozialismus“ definiert wurde (Heino Falcke 1972). Das gefiel nun der Regierung der DDR überhaupt nicht. Gerade in dieser eigenständigen Haltung gegenüber dem sozialistischen Kontext wurden unsere Kirchen auch durch die Mitarbeit in der ökumenischen Bewegung bestärkt.

In den siebziger und achtziger Jahren konnten auch die Kirchen in der DDR ein bemerkenswertes Netz bilateraler Beziehungen knüpfen. Partnerschaften und Kontakte zu Kirchen in Ost- und Westeuropa, in Amerika und einigen Ländern Afrikas und Asiens wurden aufgebaut.

Was diese Beteiligung an der ökumenischen Bewegung für die Kirchen in der DDR bedeutet hat, wurde auf der (vorletzten) Tagung der Synode des Bundes 1990 so zusammengefasst: „Die kleiner werdenden Gemeinden wurden ermutigt und bestärkt in der großen Gemeinschaft der Kirchen. Über Mauern und Stacheldraht hinweg hat die Ökumene unseren Kirchen und Gemeinden neue und weite Horizonte eröffnet. Wir haben als bedrängte Kirchen viel Solidarität erfahren. ... Wir sind dankbar für diese Gemeinschaft.“<sup>6</sup>

### **3. Die Ökumene fordert heraus, auf den Schrei nach Gerechtigkeit konkret zu antworten**

„Wir hörten den Schrei derer, die sich nach Frieden sehnen. Die Hungernden und die Ausgebeuteten rufen nach Gerechtigkeit. Die Verachteten und Benachteiligten verlangen ihre Menschenwürde. Millionen suchen nach einem Sinn ihres Lebens.“<sup>7</sup> Die Vollversammlung des ÖRK in Uppsala 1968 hat mit ihrer Botschaft auch die Kirchen in Deutschland herausgefordert wie kaum eine andere ökumenische Konferenz. Und die Vollversammlung hatte ja nicht nur auf die Probleme der Welt wie die „immer breiter werdende Kluft zwischen Reich und Arm“<sup>8</sup> hingewiesen. Sie stand auch unter dem Eindruck der ungeheuren Möglichkeiten, die wissenschaftliche Entdeckungen und wirtschaftliche Entwicklung für die Menschheit bringen. Deshalb hat sie die Kirchen auch mit einem großen Optimismus aufgerufen, ihren Beitrag für eine Entwicklung zu Gerechtigkeit und Frieden zu leisten. Und sie forderte ein Aktionsprogramm der Kirchen zur Bekämpfung des Rassismus.

#### **3.1. Kirchlicher Entwicklungsdienst**

Die Vollversammlung ist sehr konkret geworden: 2 % ihres regelmäßigen Einkommens sollten die Kirchen für Entwicklungsaufgaben zur Verfügung stellen.

Die Synode der EKD in Berlin-Spandau nahm schon im November 1968 den Aufruf aus Uppsala auf und bat die Gliedkirchen der EKD, einen festen Prozentsatz ihrer Haushaltsmittel für Aufgaben einzusetzen, „die der Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihrer Ursachen dienen“. Tatsächlich wurden dann in den folgenden Jahren durchschnittlich knapp 2 % für die Entwicklungshilfe gegeben. Der „Kirchliche Entwicklungsdienst“ sorgte für den Einsatz der Mittel und vertrat engagiert das Anliegen der Entwicklungshilfe in den Kirchen und in der Öffentlichkeit.

Schwerpunkt war die Förderung längerfristiger Entwicklungsprogramme mit der Zielstellung „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Armen sollten selbst zu Trägern der Entwicklung werden. Auch der Einsatz für Menschenrechte wurde breit unterstützt. Und schließlich wurde die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Deutschland selbst gefördert.

Auch wenn die Mittel inzwischen etwas zurückgegangen sind, ist der Beitrag für den „Evangelischen Entwicklungsdienst“ bis heute ein fester Posten in den Haushalten der Gliedkirchen der EKD.

In der DDR hat es ein ähnliches Programm nicht gegeben. Die Kirchen der DDR waren selbst in erheblichem Maße auf Unterstützung aus der BRD angewiesen, so dass sie kaum in der Lage waren, Entwicklungshilfe zu finanzieren. Hinzu kam, dass die Währung der DDR ja nicht frei konvertierbar war.

Erst Anfang der 80er Jahre wurde versucht, den 2 % - Appell des ÖRK auch in der DDR aufzunehmen. Ökumenische Kontakte gaben den Anstoß dazu: Die Delegierten der DDR bei

<sup>6</sup> In: Über Grenzen hinweg zu wachsender Gemeinschaft. Beiheft ÖRu 62, S. 17.

<sup>7</sup> Bericht aus Uppsala 1968, S. 1.

<sup>8</sup> Ebd. S.2.

der Weltmissionskonferenz in Melbourne 1980 brachten in ihren Berichten die Thematik von Arm und Reich in die Gemeinden und forderten die Kirchen auf, finanziell selbstständig zu werden und als Kirchen in einem vergleichsweise reichen Land auch selbst etwas für eine gerechtere Entwicklung zu tun. Ähnlich hatte sich auch eine internationale ökumenische Besuchergruppe geäußert, die im Rahmen der vom ÖRK angeregten "team visits" 1979 die DDR besuchte. Die praktischen Möglichkeiten zur Beteiligung an der Entwicklungsarbeit blieben in der DDR aber gering.

### 3.2. Das Programm zur Bekämpfung des Rassismus (PCR)

Der andere große Appell von Uppsala löste in den Kirchen in Ost- und Westdeutschland sehr unterschiedliche Reaktionen aus. Natürlich stimmten die Kirchen in beiden deutschen Staaten vorbehaltlos den ökumenischen Erklärungen und Studien zu, in denen Rassenvorurteile und Diskriminierung verurteilt wurden und klar gesagt wurde, dass Trennung aus Gründen der Rasse, Hautfarbe oder ethnischen Herkunft im Gegensatz zum Evangelium steht und von den Kirchen deshalb nicht hingenommen werden kann. Und es stand auch nicht infrage, dass der weiße Rassismus die am entschiedensten zu bekämpfende Form des Rassismus war, dass es in den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen viele Formen des institutionalisierten Rassismus gab und dass deshalb die Überwindung des Rassismus auch zur Umverteilung von Macht zugunsten der rassistisch Benachteiligten führen musste.

Das PCR aber wollte ja mehr: Der ÖRK und seine Mitgliedskirchen sollten konkret Partei ergreifen und die aktiv unterstützen, die im Kampf gegen den Rassismus stehen. Aus dem 1969 geschaffenen Sonderfonds für das PCR wurden deshalb Organisationen und Bewegungen unterstützt, die für die Überwindung des Rassismus und die Befreiung von rassistischer Diskriminierung arbeiteten. Die Mittel waren für humanitäre Zwecke bestimmt, ihre konkrete Verwendung aber sollte nicht im Einzelnen paternalistisch kontrolliert werden. Das galt auch für die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, die in ihrem Kampf auch Waffengewalt anwendeten.

In der EKD entzündete sich gerade hieran eine heftige Kontroverse. Denn wurde durch den Sonderfonds nicht einseitig politisch Partei ergriffen und auch Gewalt sanktioniert? Der Rat der EKD kritisierte den ÖRK öffentlich wegen des Sonderfonds und lehnte es ab, ihn zu unterstützen. Als dennoch eine Gliedkirche Geld aus ihrem Haushalt in den Sonderfonds einzahlte, hagelte es Kritik auch in der Öffentlichkeit bis hin zu Kirchenaustritten.

Es gab in der BRD viele wirtschaftliche und politische Verbindungen nach Südafrika. Deshalb trug die EKD auch den Aufruf des ÖRK nicht mit, auf Investitionen in Südafrika zu verzichten, sondern sie versuchte, politisch andere Wege zu gehen, und führte Gespräche mit Firmen, die in Südafrika investierten, freilich mit wenig Erfolg.

Als 1974 das PCR verlängert werden sollte, bekräftigte der Rat der EKD seine Haltung: „ein Ja zum Bekenntnis (gegen den Rassismus), zum Studium und zur intensiven Diskussion, ein Nein zum ‚Sonderfonds‘ mit seinen Pauschalzuschüssen an Befreiungsbewegungen, Achtung gegenüber denjenigen, die den Sonderfonds mit persönlichen Spenden unterstützen.“<sup>9</sup> Letzteres weist darauf hin, dass es in Gemeinden, Gruppen und ökumenischen Netzwerken auch viel Unterstützung für das PCR einschließlich des Sonderfonds gab. Aktionen wie „Kauft keine Früchte aus Südafrika“ Ende der siebziger Jahre setzten dabei ganz eigene durchaus wirksame Akzente.

<sup>9</sup> Die Denkschriften der EKD, Band I/1, S. 234.

Die Stellung der Kirchen in der DDR zum PCR unterschied sich eigentlich nur in einem Punkt: Sie unterstützten auch den Sonderfonds. Sie bejahten damit die Unterstützung von Befreiungsbewegungen als eine konkrete Form der Solidarität und sie nannten den Verzicht auf die Kontrolle der Verwendung der Gelder ein Risiko, das „gerechtfertigt (sei) ... angesichts der in der Geschichte angehäuften Schuld der Weißen, von der sich unsere christlichen Kirchen nicht ausschließen können und dürfen.“<sup>10</sup> Die Leitung des Bundes traf damit genau das, worum es dem ÖRK ging, während sich der ÖRK von der Leitung der EKD damals in vieler Hinsicht missverstanden fühlte.

Wegen der Devisenbestimmungen der DDR konnte sich der Bund nicht direkt am Sonderfonds beteiligen. Aber es wurden in den siebziger und achtziger Jahren in den Gemeinden vier Sondersammlungen für das PCR durchgeführt. Mit dem Geld wurden Waren in der DDR gekauft, die den Organisationen, die man unterstützen wollte, direkt zur Verfügung gestellt wurden.

Regelmäßig wurde Arbeitsmaterial für die Gemeinden erstellt, das breit gestreut wurde. Dabei spielten immer wieder Fragen der sozialen Menschenrechte eine Rolle. Das PCR war eine der wenigen Möglichkeiten, überhaupt Menschenrechtsfragen in der DDR zu thematisieren. Auch deshalb war es wichtig für den Bund.

Die Regierung der DDR förderte das Engagement des Bundes im PCR. Und sie war wegen dieses Engagements auch eher bereit, die Mitarbeit der Kirchen auch in anderen Bereichen der Ökumene zuzulassen. Elisabeth Adler aus Ostberlin konnte sogar für mehrere Jahre beim PCR in Genf mitarbeiten. Sie blieb freilich für lange Zeit die einzige Vertreterin aus der DDR im Stab des ÖRK.

Auch in den Kirchen in der DDR wurde das PCR kritisiert. Und hier kam die Kritik vor allem von der Basis. Der Bund habe sich da ein ökumenisches Programm ausgesucht, dessen Unterstützung für die Kirche in der DDR durchaus opportun sei; denn die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in Afrika lag auf der Linie von Partei und Staat. Und für wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Südafrika einzutreten, kostete die Kirchen auch nichts, denn die DDR hatte ohnehin keine offiziellen Wirtschaftsbeziehungen nach Südafrika.

Aber konnte die Sorge vor Opportunismus ein Grund sein, das nicht zu tun, was man eigentlich für richtig hält? Und in vielen anderen Bereichen haben die Kirchen der DDR auch in der Ökumene Positionen vertreten, die quer zu der Linie der Regierung lagen, z.B. in Fragen des Friedens und der Abrüstung, bei den allgemeinen Menschenrechten, bei den Umweltproblemen.

Bei der Frage der Gewaltanwendung hatten die Kirchen der DDR ähnlich grundsätzliche Probleme wie die EKD. Auch der Bund hat Gewalt als Mittel nicht christlich gerechtfertigt. Dennoch gebe es „Grenzsituationen“, „wo wir keine andere Möglichkeit sehen, wirksam für das Recht und die Würde des Nächsten einzutreten, als durch Anwendung von Gewalt, die in sich immer fragwürdig bleibt.“ Auch wenn man den Mitteln, die die Befreiungsbewegungen anwenden, nicht in jedem Fall zustimmen kann, gehört es doch zur Solidarität, „den Betroffenen die freie Entscheidung über den einzuschlagenden Weg einzuräumen.“ (Votum des Bundes 1979)<sup>11</sup>

Diese grundsätzlichen Erwägungen sind ein Beispiel dafür, wie die Kirchen immer wieder durch die Ökumene herausgefordert wurden, in ethischen Grundfragen Klarheit zu suchen und Position zu beziehen.

<sup>10</sup> Brief des Vorsitzenden der KKL an den ÖRK von 1971, Zeichen der Zeit 3/1971, S. 100.

<sup>11</sup> Kirche als Lerngemeinschaft, S. 232 und 236.

#### 4. Heil und das Wohl der Menschen, Mission und soziales Engagement gehören zusammen

Die Weltmissionskonferenz in Bangkok 1973 zum Thema „Das Heil der Welt heute“ und die Weltkonferenz über Evangelisation in Lausanne 1974 markieren einen weiteren Spannungsbogen, dem die Kirchen in Deutschland in der ökumenischen Bewegung ausgesetzt waren. Während Bangkok das Heil heute vor allem im Kontext von Kultur und Identität (Sektion I) und im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit (Sektion II) beschrieb, betonte Lausanne als entscheidenden Inhalt der Evangelisation, „dass Jesus Christus für unsere Sünden starb und von den Toten auferstand nach der Schrift und dass Er jetzt die Vergebung der Sünden und die befreiende Gabe des Geistes allen denen anbietet, die Buße tun und glauben.“ (Lausanner Verpflichtung 4.) Während Bangkok Missionsarbeit überwiegend kritisch analysierte und für bestimmte Situationen und Kirchen ein Moratorium herkömmlicher Missionsarbeit empfahl, verpflichteten sich die Teilnehmer in Lausanne „im Licht dieses unseres Glaubens .... , für die Evangelisation der ganzen Welt zusammen zu beten, zu planen und zu wirken.“ (Lausanner Verpflichtung, Abschluss)

Natürlich ist das eine einseitige Charakterisierung, aber so wurden Bangkok und Lausanne wahrgenommen. In Westdeutschland kam hinzu, dass seit über zehn Jahren ein heftiger Streit um das rechte Verständnis des Evangeliums ausgetragen wurde, der auch von den Medien begleitet wurde. Eine „Bekenntnisbewegung: ‚Kein anderes Evangelium‘“ hatte sich gebildet, die sich gegen die akademische Theologie und eine von ihr beeinflusste Verkündigung in der Kirche wandte. Diese Bewegung veröffentlichte 1970 die „Frankfurter Erklärung zur Grundlagenkrise der Mission“, die sich implizit und explizit gegen das Missionsverständnis des ÖRK wandte. In Deutschland gewannen neben den kirchlichen Missionswerken, die sich dem ÖRK verbunden fühlten, eine Reihe evangelikaler Missionsorganisationen an Bedeutung, die zur Lausanner Bewegung gehörten. „Ökumeniker“ und „Evangelikale“ standen sich gegenüber, und es war schwer, zwischen ihnen zu vermitteln.

Hilfe in diesem Streit kam dann auch aus der Ökumene selbst. Schon in Uppsala 1968 hatte W.A. Visser 't Hooft vor einem ausgeprägten Horizontalismus im Verständnis des Heils gewarnt und betont, dass „kein horizontaler Fortschritt ohne vertikale Orientierung“<sup>12</sup> möglich ist. Das bedeutet: Das Eintreten für mehr Menschlichkeit muss einhergehen mit einer vertieften Hinwendung zu Gott. Vielleicht hatte man das in Bangkok nicht deutlich genug gemacht. Die Vollversammlung des ÖRK in Nairobi 1975 betonte dann in neuer Weise den Zusammenhang von Glauben und Handeln und verband Spiritualität und Engagement. Genau diese Verbindung wurde zu einem Markenzeichen der ökumenischen Bewegung. Das hat vielen ganz neu geholfen, das Annehmen des Heils in Christus und das Eintreten für das Wohl der Menschen als eine Einheit zu sehen, ohne das eine mit dem anderen zu verwechseln.

Auch die Lausanner Bewegung bekräftigte, vor allem unter dem Einfluss von Theologen aus der „Dritten Welt“, die Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit als Bestandteil der Verkündigung des Reiches Gottes. Sie nahm damit die Evangelikalen in Deutschland in einen Lernprozess hinein.

Der vom Zentralausschuss des ÖRK 1982 verabschiedeten „ökumenischen Erklärung“ zum Thema „Mission und Evangelisation“ gelang es, die divergierenden Konzepte zusammenzubinden. Auch diese Erklärung hat in Deutschland wesentlich dazu beigetragen, dass die verschiedenen Seiten wieder aufeinander zugegangen sind, ohne freilich ihre konzeptionelle und organisatorische Eigenständigkeit aufzugeben.

<sup>12</sup> Bericht aus Uppsala 1968, S. 335.

## 5. Das Globale und das Lokale greifen ineinander: der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Der unbestreitbare Höhepunkt in der Mitwirkung an der ökumenischen Bewegung war für die Kirchen in der DDR der „Konziliare Prozess gegenseitiger Verpflichtung (Bund) für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der ganzen Schöpfung“, zu dem die Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983 aufgerufen hatte.

Die Delegierten aus der DDR hatten sich mit einem eigenen Antrag in das Gespräch der Vollversammlung über „Fragen des Friedens, der Gerechtigkeit und der Ökologie“ eingebracht und gebeten zu prüfen, „ob die Zeit reif ist für ein allgemeines christliches Friedenskonzil“, wie es schon Dietrich Bonhoeffer 1934 vorgeschlagen hatte.<sup>13</sup> Fragen des Friedens standen in dem Antrag aus der DDR im Vordergrund. Das geht auf die intensive Beschäftigung des Bundes und vieler Basisgruppen mit Themen der Friedenssicherung und der Abrüstung zurück. Sie stand in engem Zusammenhang mit der ökumenischen Diskussion über atomare Bewaffnung, Abrüstung und gemeinsame Sicherheitskonzepte seit Nairobi 1975. Die Synode des Bundes hatte 1982 klar Position bezogen und hervorgehoben, „dass eine deutliche Absage an Geist und Logik der (militärischen) Abschreckung unumgänglich ist“.<sup>14</sup> Wettrüsten kann den Frieden nicht sichern, sondern stellt eine tiefe Bedrohung allen Lebens dar, die den Glauben herausfordert.

Von der Vollversammlung in Vancouver wurden die Akzente anders gesetzt. Fragen der Gerechtigkeit traten in den Vordergrund. Das war ein wichtiger Lernprozess für uns in der DDR: Strukturen der Ungerechtigkeit sind eine genauso tiefe Bedrohung des Lebens der ganzen Menschheit. Durch die ökumenische Diskussion wurde auch immer deutlicher, wie sehr die drei großen Themen – Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie – zusammenhingen, sowohl von dem aktuellen Bedrohungspotential für das Überleben der Menschheit her, als auch in ihrer gemeinsamen Verwurzelung in der großen Hoffnung, die die Bibel vermittelt: Gottes Verheißung eines gerechten Friedens für seine ganze Schöpfung („Schalom“).

1984 beschloss der ÖRK, für 1990 eine Weltkonferenz im konziliaren Prozess vorzubereiten. Schon 1985 führte meine Heimatkirche, die Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, eine Sondertagung ihrer Synode über „Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung“ durch. 1986 begannen die Vorbereitungen für eine „Ökumenische Versammlung in der DDR“, die dann von Februar 1988 bis April 1989 zu drei Plenartagungen zusammenkam. In Westdeutschland liefen etwa zeitgleich die Vorbereitungen für ein „Forum Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, das dann im April und im Oktober 1988 stattfand.

In beiden deutschen Staaten war die jeweilige „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen“ (nationaler Christenrat) Träger der Veranstaltung. In Westdeutschland war damit auch die Römisch-katholische Kirche von vornherein mit dabei. In der DDR hatte sie in der Arbeitsgemeinschaft nur Gaststatus, beteiligte sich nun aber mit allen Rechten und Pflichten an der Ökumenischen Versammlung – ein ganz besonderer ökumenischer Durchbruch.

In Ost- und Westdeutschland wirkten Basisgruppen, ökumenische Netzwerke und Kirchenleitungen im konziliaren Prozess eng zusammen.

In der DDR begann die „Ökumenische Versammlung“ mit einem Aufruf an die Kirchen, Gemeinden und Gruppen, Vorschläge für die Ökumenische Versammlung zu machen: Etwa

<sup>13</sup> Vancouver 1983. Beiheft zur ÖRu 48, S. 205f.

<sup>14</sup> Gemeinsam unterwegs, S. 248.

10.000 Stellungnahmen wurden eingesandt. Das macht deutlich, wie sehr hier eine ökumenische Thematik die Basis der Kirche erreicht hatte.

Sehr viele Stellungnahmen betrafen konkrete Erfahrungen und Probleme in der DDR. Das führte zu einem dazu, dass sich dann die Analyse der Situation in der DDR in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik durch alle Beschlüsse hindurch zog und die Vorschläge der ÖV sehr eng auf die Situation in der DDR bezogen waren. Zum anderen wurde eine eigene Arbeitsgruppe zur allgemeinen Situation in der DDR eingerichtet. Der Beschluss „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ wurde mit seinen Forderungen nach Offenheit, Wahrhaftigkeit, Freiheit, Partizipation, Gerechtigkeit und Demokratie zu einem höchst brisanten innenpolitischen Dokument.

So entfaltete eine globale Thematik ihre lokale Brisanz. Die Texte der Ökumenischen Versammlung inspirierten die oppositionellen Gruppen und die neuen Parteien, die sich im Sommer 1989 in der DDR bildeten. Sie hatten somit indirekt auch Einfluss auf die dramatischen Veränderungen in der DDR. Zu den Kernaussagen des konziliaren Prozesses gehörte die „vorrangige Option für Gewaltfreiheit“. Sie hatte ihren Widerhall im Grundsatz „Keine Gewalt!“, der zu den entscheidenden Merkmalen der friedlichen Revolution 1989/90 gehörte.

## 6. Zum Schluss: Die Ökumene geht weiter

Als im März 1990 in Seoul die Weltkonferenz im konziliaren Prozess stattfand, war in Deutschland die ganze Aufmerksamkeit auf die ersten freien Wahlen in der DDR gerichtet. Deutschland und die deutschen Kirchen hatten nach dem Fall der Mauer sehr mit sich selbst zu tun. Der konziliare Prozess und die ökumenische Bewegung schienen in den Hintergrund zu treten.

Inzwischen kann man sagen, dass neue Erfahrungen wie die beiden ökumenischen Kirchentage in Deutschland 2003 und 2010 und neue Herausforderungen wie die Globalisierung und der Klimawandel die Chancen und die gemeinsame Verantwortung in der Ökumene neu ins Blickfeld gerückt haben. Und es war programmatisch, dass die Synode der EKD im Jahr 2000 das Thema „Ökumene“ behandelte. Der Grundtenor war: „Wir brauchen Ökumene, um am jeweiligen Ort und in der einen Welt heute als Kirche zu leben.“ Und die Kundgebung der Synode endete mit den Sätzen: „Wir sind evangelisch und ökumenisch. Wir sind Teil der einen Ökumene. Wir bitten Gott, dass uns sein Heiliger Geist in unserem Einsatz für Mission und Dialog, für Frieden und Versöhnung und für Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung leitet und stärkt. Wir bitten Gott, dass uns sein Heiliger Geist durch mehr ökumenische Gemeinschaft zur Kirchengemeinschaft mit den anderen Kirchen führt. Wir vertrauen auf das Gebet Jesu Christi: „Auf dass sie alle eins seien. Wie du, Vater, in mir bist und ich in dir, so sollen auch sie in uns sein, damit die Welt glaube, dass du mich gesandt hast.“ (Joh. 17,21)<sup>15</sup>

---

<sup>15</sup> Beschlossen am 9. November 2000. In: Braunschweig 2000. Bericht über die fünfte Tagung der neunten Synode der EKD..., S. 518 und 530.